

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, 22. Oktober 2007

Betrifft: Unbegrenzte Verlängerung der Hacklerregelung

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die sogenannte Hacklerregelung räumt die Möglichkeit ein, aufgrund langer Pensionsversicherungszeiten „frühzeitig“ in Pension gehen zu können. So können Männer, die 45 Beitragsjahre, und Frauen, die 40 Beitragsjahre vorweisen, mit 60 bzw. mit 55 Jahren ohne Abschläge in Pension gehen. Dazu muss festgehalten werden, dass die aktuelle Hacklerregelung mit dem Jahr 2010 ausläuft.

Sozialminister Buchinger (SPÖ) ist nun mit dem Vorschlag, die Hacklerregelung unbegrenzt zu verlängern, an die Öffentlichkeit gegangen. Denn schlussendlich sind 45 bzw. 40 Arbeitsjahre in einem Leben wirklich genug. Unverständlicherweise wurde dieser sozialpolitisch grundvernünftige Vorschlag von Wirtschafts- und Arbeitsminister Bartenstein (ÖVP) zurückgewiesen.

Es ist für Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion unverständlich, dass die Hacklerregelung plötzlich auslaufen soll und nicht unbegrenzt verlängert wird. Zudem wird die Schwerarbeiterregelung nicht ausreichen, die Hacklerregelung zu ersetzen, da sie nur eine Handvoll Österreicherinnen und Österreicher betrifft.

Interessante Unterstützung für den sozialdemokratischen Vorschlag der unbegrenzten Verlängerung der Hacklerregelung kommt von Seiten des Arbeitnehmerflügels der ÖVP, dem ÖAAB. Sowohl auf Bundesebene als auch im Land Vorarlberg unterstützt der ÖAAB die Vorschläge der SPÖ. So hat beispielsweise die ÖVP-Nationalratsabgeordnete Anna Franz, die selbst auch Mitglied des ÖAAB ist, jüngst gemeint, dass sie versuchen wird, in der Fraktion die Hacklerregelung durchzubringen.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion ist nicht zuletzt deshalb der Ansicht, dass auch aus Vorarlberg ein Signal in Richtung Bundes-ÖVP gesendet werden sollte, damit die Hacklerregelung aufrecht bleiben kann. Positive Signale gibt es auch seitens der FPÖ, der Grünen und des BZÖ.

Aus diesem Grunde stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

A n t r a g :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Der Vorarlberger Landtag spricht sich für eine unbegrenzte Verlängerung der sogenannten Hacklerregelung aus. Die Vorarlberger Landesregierung hat dieses Anliegen gegenüber der Bundesregierung entsprechend zu vertreten.“

LAbg. KO Michael Ritsch

LAbg. Werner Posch

Nach Annahme eines ÖVP-Abänderungsantrages mit 21 gegen 13 Stimmen in der 9. Sitzung des XXVIII. Vorarlberger Landtages im Jahr 2007 am 13.12.2007 wurde eine EntschlieÙung mit nachfolgendem Wortlaut gefasst:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung unter den Bedingungen für eine Verlängerung der so genannten „Hacklerregelung“ einzusetzen, dass

1. die langfristige und nachhaltige Sicherung der Finanzierbarkeit unseres Pensionssystems in der gegenwärtigen Form garantiert ist,
2. die heute und in Zukunft ins aktive Berufsleben einsteigende kommende Generation dieselbe staatliche Absicherung wie die heutigen Pensionisten vorfindet,
3. nach drei Jahren die „Hacklerregelung“ einer „Jugendverträglichkeitsprüfung“ im Sinne der Generationengerechtigkeit unterzogen wird und
4. das derzeitige gesetzliche Pensionsalter nicht angehoben wird.“